

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

92 (21.4.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6, Fernsprecher 204, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Platzschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 92

Mittwoch, den 21. April 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Nachrichten über eine Regierungstrife in Berlin sind verflüchtigt. Die Möglichkeit einer solchen aus Anlaß der inneren Reformgesetze besteht.

Im Rechtsauschuß des Reichstages erklärte Innenminister Dr. Kütz, daß die Reichsregierung das Gesetz über die Fürstenabfindung für verfassungswidrig halte.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien sollen durch Entsendung des Staatssekretärs Hagedorn beschleunigt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen Einberufung des Ausschusses zur Klärung der deutsch-russischen Verhandlungen.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon hat einen letzten Versuch unternommen, das Rückgabegebot für das deutsche Eigentum in amerikanischen Abgeordnetenhäusern durchzusetzen. Der Erfolg steht noch nicht fest.

In Paris wird davon gesprochen, daß Frankreich das Mandat über Syrien an Italien überlassen wolle.

Innerepolitische Entscheidungen und Reformen

Am Dienstag hat die Parlamentsarbeit im Reichstag begonnen. Der Rechtsauschuß hat das Fürstenabfindungsgesetz behandelt. Nach der Auffassung des Reichsjustizministeriums hat das Gesetz verfassungsändernden Charakter. Es besteht aber wenig Aussicht im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit zu erhalten. Der Reichsinnenminister Dr. Kütz hat in einer Rede in Jittau erklärt: In der Frage der Fürstenabfindung dürfe man nicht verfehlen, daß in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle eine befriedigende Auseinandersetzung bereits erfolgt sei. Es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, eine dem Volksempfinden und den Grundgedanken der Gerechtigkeit entsprechende Gesetz zustande zu bringen, denn die parlamentarische Gesetzgebung sei immer die primäre. Die Gesetzgebung durch Volksentscheidung müsse immer sekundär bleiben.

Anders erklärte freilich der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe in Breslau. Er erwartet den Volksentscheid für Ende Juni. Die Anhänger der Enteignung hätten für diese zweite Abstimmung noch starke Stimmreserven. So seien z. B. in einem einzigen Landkreis Mitteldeutschlands von 74 Gutsbesitzern 41 ohne jede Entziehung für das Volksbegehren geblieben. Ebenso eine Anzahl Gemeinden desselben Kreises, wo offenbar die Öffentlichkeit des Verfahrens abgedreht.

Die Methode des Volksbegehrens wird jetzt nach Löbe auch für die beiden Aufwertungsentwürfe angewandt werden. In den Kreisen der Reichsregierung ist man, wie Löbe sagte, dadurch zu nervös geworden, daß dort bereits der Gedanke einer Einschränkung der Zulässigkeit von Volksentscheiden durch Verfassungsänderung erhoben wird. Die Sozialdemokratie habe im Reichstag heftigst im Vorjahr 40 Prozent Aufwertung bei Privatschulden gefordert.

Zu dem Aufwertungs-Volksbegehren ist zu bemerken: Durch den Hospitanten der Reichstagsfraktion der früheren deutschnationalen Abg. Zeit ist ein neuer Entwurf des Aufwertungsgesetzes ausgearbeitet worden, in dem Volksentscheid unterbreitet werden soll. Dieser Entwurf sieht durchschnittlich eine Aufwertung von 50 Prozent vor. Der Reichswirtschaftsminister hat in Mannheim mit nicht mißzuverstehenden Worten gegen die neue Vorlage gewandt, die unsere mit Mühe und Not erreichte wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung in Frage stellen würde. Man wird deshalb in weiten Kreisen des deutschen Volkes verstehen, wenn die Reichsregierung sich mit allen Mitteln gegen dieses Volksbegehren wendet.

Zu den weiteren Aufgaben der nächsten Zeit auf innerpolitischem Gebiet zählt vor allem der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern und die Einschränkung von Vermögen und Gesetzgebung. Weitere dringliche Reformen kündigte Dr. Kütz an: Die Wahlreform werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Notwendigkeit empfunden. Die Mängel des gegenwärtigen Systems liegen klar zutage. Sie bestehen in der Entpersönlichung des Wahlverhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten und der zum Teil ganz un-demokratischen Form der Wahl, wie sie allem in der logen. Reichsliste verfährt, sei. Die Reichsliste sei überhaupt keine Wahl mehr, sondern Ernennung durch Parteimitglieder.

Das Reichsschulgesetz werde ebenfalls von weiten Kreisen gefordert, um die Unruhe zu bannen, die in der Entscheidung des Volksschulwesens eingetreten sei und um die Voraussetzungen für einen weiteren geordneten Aufstieg unseres Volksschulwesens zu schaffen. Beide Gesetze, das Wahlgesetz, wie das Reichsschulgesetz hätten bereits eine gewisse Geläufigkeit hinter sich, das Reichsschulgesetz sogar eine Lebensgeschichte, und es gälte deshalb hier mit besonderer

vorsicht und unter Ausnutzung der Lehren der Vergangenheit zu handeln. Aber beide Gesetze müßten mit Nachdruck betrieben werden, der die Bedeutung der Materie zukommt. Die gegenwärtige Regierung habe rein ziffernmäßig gesehen eine geschlossene Mehrheit des Reichstages von vornherein nicht hinter sich. Es sei möglich, darüber zu urteilen, ob die Regierung mehr nach rechts oder mehr nach links neige. Sie gehe ihren Weg geradeaus in der Richtung, die sie durch das Wohl des Vaterlandes für geboten halte, und die Unterstützung bei ihrer praktischen Arbeit sei hier von gleichem Werte, ob sie von rechts oder ob sie von links komme.

Die polnische Krise

Aus dem latenten Stadium ist die polnische Regierungstrife wieder einmal in jene Stufe der politischen Entwicklung geraten, wo die größten Gefahren für eine ruhige Fortentwicklung liegen. Die polnische Republik hat in den Jahren seit 1919 ungefähr alle Koalitions-, Minderheits- und Mehrheitskabinette durchgemacht, die bei der Vielgestaltigkeit des politischen Lebens dort überhaupt möglich gewesen sind. Heute ist man bereits soweit, daß kein Mensch weiß, wo eine neue Regierung herkommen werden soll. Wo man in Polen heute hinsieht, überall gewahrt man einen Zustand der Labilität, ein Emporwüchsen ungeordneter Ideen, die untrüglichen Zeichen des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs. Es wäre unnötig, etwa die Schuldfrage aufwerfen zu wollen. Der junge polnische Staat ist das Opfer seiner selbst geworden, seine Habgier nach fremdem Gut im Innern, seine Revanchepolitik nach außen, seiner verkehrten Wirtschaftspolitik und seiner unehrlichen Finanzpolitik. Einzelnen Staatsmännern sind für dieses System, das den polnischen Staat an den Rand des Abgrundes geführt hat, kaum verantwortlich zu machen, wenn in parteipolitischen Kämpfen dies auch versucht worden mag, Schuld an allem ist das polnische Volk in seiner Gesamtheit von links bis rechts.

Das Kabinett Strzymski bildet lediglich ein Glied in dieser Kette von sinnwidrigen Maßnahmen auf einem Gebiete, die die unmittelbare Bedrohung des Ganzen herbeiführt haben. In Polen gab es ja längst schon keine Regierungspolitik im eigentlichen Sinne des Wortes mehr. Es war ein Fortwursteln, ein „von der Hand in den Mund leben“, ein hohles Feilschen um Kompromisse. Kein Wunder, wenn unter solchen Erscheinungen des Niederganges, bei einer Passivität des Kabinetts und bei steigender Unzufriedenheit in den weitesten Kreisen eine Kabinettskrise der anderen folgte, aus der politisch sich die Krise der Wirtschaft und der Währung organisch entwickelte, wobei sich — was auch nur ein Zeichen für die fortschreitende Zerrüttung des Staatswesens ist, — noch zuguterletzt eine Armeeernte einstellte. Es ist schwer, etwas über die Lösung der neuen polnischen Regierungskrise zu sagen. Ein Kabinett der Köpfe nach deutschem Vorbilde oder gar ein Beamtenkabinett könnte wohl kaum die ungeheure Arbeit einer Sanierung leisten, angefaßt des Hin und Her der Parteipolitik.

Sachlich sind zwei Lösungsmöglichkeiten in der letzten Zeit in den Vordergrund getreten, die in richtiger Erkenntnis die Lage der Sanierungsarbeit bei der Beseitigung des Budgetdefizits begreifen wollen. Ohne Beseitigung dieses Defizits gibt es für Polen keine ausländische Anleihe, die wieder die Voraussetzung für eine Stabilisierung der Währung ist. Die Rechtsparteien im Warschauer Seim glauben durch weitgehende Reduzierung der Beamtenstellen und Kürzung der Gehälter das Gleichgewicht des Staatshaushaltes zu erreichen, während die Sozialisten die Vermögensabgabe, die energische Verringerung des Militärbudgets, die Währungsstärkung durch Abgabe von Goldschmuck und Goldbeständen fordern. Hierüber ist das Kabinett Strzymski gespalten worden, denn die Sozialisten konnten sich nicht zu dem Programm ihrer bürgerlichen Koalitionsgenossen verstehen. Daneben handelte es sich noch um die Verringerung der Sozialkassen und um die Realisierung des Marschalls Vilsudski, der als ein unbedingter und zuverlässiger Demokrat gilt.

Geht man den Dingen näher auf den Grund, so wird es bald offenbar, daß der Weg von der gegenwärtigen Kabinettskrise bis zur Staatskrise nicht mehr allzu weit ist. Die Gerüchte, die von allerlei Diktaturplänen sprechen, sind zudem der beste Beweis dafür, daß in Polen mehr als alles drunter und drüber geht. Der Ruf nach dem starken Mann wird immer dann laut, wenn ein Volk sich vor allem und durch alles betrogen fühlt. Das ist die Stimmung, in der die Gedanken einer revolutionären Umbewegung Boden fassen und eifrig emporkriechen, das gibt auch die Stimmung, aus der allein heraus sich die gegenwärtige polnische Krisenepode erklären läßt. Der polnische Staat geht einem düsteren Kapitel im Kampfe um seine Fundierung entgegen. Bedenklich ist dabei, daß der Anstoß dazu nicht von außen erfolgt, sondern daß die wahre Ursache eben in der Unfähigkeit des polnischen Volkes begründet ist, sich selbst so zu regieren, daß man von einem geordneten Staatswesen sprechen kann.

Deutschland.

Umbildung der Reichsregierung?

Berlin, 20. April. Mehrere Blätter beschäftigen sich mit dem von einigen Morgenblättern gebrachten Auslassun-

gen des demokratischen Zeitungsdienstes über die Möglichkeit einer Regierungsumbildung. Die Nachtausgabe des „Tag“ behauptet, daß im Zusammenhang mit der Regelung der Fürstenabfindung im Reichstag bereits vor Otern bei allen Fraktionen über eine Erweiterung der Reichsregierung besprochen worden sei und zwar entweder nach rechts oder aber nach links, je nachdem sich die Regierungskoalition der Mitarbeit der Deutschnationalen oder der Sozialdemokraten bei der Verabschiedung des Kompromisses über die Fürstenabfindung bedient. Nach einer Information des „Börsekuriers“ von aut unterrichteter parlamentarischer Seite mißt man in Kreisen der Regierungsparteien den Nachrichten über Rechtstendenzen in der Deutschen Volkspartei keine aktuelle Bedeutung bei.

Rechtsauschuß und Fürstenabfindung

Berlin, 20. April. Der Rechtsauschuß des Reichstages setzte am Dienstag nachmittags in seiner ersten Sitzung nach den Osterferien unter dem Vorsitz von Geheimrat Kahl (D. Vo.) die Beratung der Anträge zur Fürstenabfindung fort. Schulte (Str.) beantragte kurz den neuen Kompromißentwurf der Regierungsparteien. Die Fraktionen hielten dazu noch nicht Stellung genommen. Ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums bezeichnete die Nachricht, daß das Hohenzollernhaus dem Staat 7 Millionen Mark Steuern schulde, als unzutreffend. Tatsächlich seien dem Hohenzollernhaus 300 000 Mk. Steuern bis zum 20. April ds. Js. achtundet worden. Auf Anfrage des Vorsitzenden gab der Reichsinnenminister im Auftrag der Reichsregierung die Erklärung ab, daß der Gesetzentwurf, wie er jetzt dem Rechtsauschuß vorliegt, für die Regierung tragbar sei. Die Frage nach dem verfassungswidrigen Charakter müsse nach mehreren Richtungen hin gerührt werden. Soweit sich der Gesetzentwurf auf die Feststellung bürgerlich-rechtlichen Eigentums, auf die Regelung bürgerlich-rechtlicher Ansprüche und auf die Enteignung privaten Eigentums der früheren Fürstenhäuser und ihrer Mitglieder beziehe, sei die Zuständigkeit des Reiches nach der Reichsverfassung zweifellos gegeben.

Der Gesetzentwurf über den Volksentscheid

Berlin, 20. April. Nachdem der Reichswahlleiter am 19. April dem Reichsminister des Innern das Ergebnis des Eintragungsverfahrens beim Volksbegehren nach Paragraph 41 des Volksentscheidungsgesetzes mitgeteilt hat, hat der Reichsminister des Innern heute dem Reichskabinett wegen Einbringung des begeherten Gesetzentwurfes beim Reichstag eine entsprechende Vorlage gemacht.

Die deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 20. April. Die gegenwärtige Lage der deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen hat in den letzten Wochen den Gegenstand eingehender Beratungen der Reichsregierung gebildet, zu denen auch Sachverständige aus allen beteiligten Kreisen zugezogen waren. Nach Abschluß dieser Beratungen hat die Reichsregierung nunmehr beschlossen, den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Hagedorn in besonderer Mission nach Madrid zu entsenden, um mit der spanischen Regierung eine Verständigung in den Punkten herbeizuführen, in denen bisher eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Die Unterschlagungen beim Reichsverband der Industrie

Berlin, 19. April. Zu den großen Unterschlagungen beim Reichsverband der Automobilindustrie werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Bei einer Revision der Geschäftsbücher stellte sich heraus, daß der Kassierer einen Betrag von rund 70 000 Mk. durch Unterschlagungen veruntreut hat, während das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Reichsverbandes Dr. Kurt Sperling, durch eine nicht übermäßig gewissenhafte Finanzpolitik des Vermögens des Reichsverbandes in Gefahr gebracht hat. Eine Treuhändergesellschaft stellte fest, daß der Kassierer seit dem Jahre 1924 einen Betrag unterschlagen hat, der 100 000 Mk. noch erheblich übersteigen dürfte. Bei seiner Vernehmung im Polizeivorzimmer hat Schüller, der aus dem Büro heraus verhaftet worden ist, zugegeben, daß er 70 000 Mk. durch Büchereifälschungen veruntreut hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte sich die oben angegebene Summe jedoch noch erhöhen. Die von anderer Seite gegen das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Kurt Sperling erhobenen Vorwürfe treffen nur zum Teil zu. Vor längerer Zeit schon machte Dr. Sperling der Finanzkommission des Reichsverbandes der Automobilindustrie den Vorschlag, man solle die flüssigen Gelder des Verbandes, die oft den Betrag von einer Million überschritten haben, einem Komitee in der Inflationszeit entstammenden Bankgeschäft Feld u. Blank zur Verwaltung übergeben. Es gelang dem Reichsverband, einen erheblichen Teil der bei Feld u. Blank angelegten Gelder noch rechtzeitig freizumachen und zurückzugeben. Trotzdem dürften, wenn das Bankhaus sich nicht zu sanieren vermag, etwa 400 000 Mk. für die Automobilindustrie verloren sein.

Oberstaatsanwalt Ksmus freigesprochen

Chemnitz, 20. April. Im Prozeß gegen den Freiburger Oberstaatsanwalt Dr. Ksmus wegen Verwehrens gegen Paragraph 146 des Strafgesetzbuches wurde vom gemeinsamen Chemnitzer Schöffengericht das Urteil verurteilt. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt. Die Anklage stützt sich auf sieben Punkte, in denen Dr. Ksmus vorgeworfen war, während seiner Amtstätigkeit in Freiberg aus seiner linkspolitischen Einstellung heraus Anklageerhebungen gegen links unterlassen zu haben und gegen rechts besonders scharf vorgegangen zu sein.

Ausland.

Die Teilnehmer der Studienkommission

Genf, 20. April. Nach den im Völkerbundssekretariat vorliegenden Mitteilungen werden in der Studienkommission zur Ausgestaltung des Völkerbundsrates vertreten sein: England durch Lord Robert Cecil und den juristischen Sachverständigen Sir Cecil Hurst, Frankreich durch Paul Boncour und Fromageot, Brasilien durch Mello Franco, Italien durch den Senator Scialoja, die Schweiz durch Bundesrat Motta, Polen durch den Ministerpräsidenten Graf Strzymski, der im Verhinderungsfalle von dem Minister Social vertreten würde, Spanien durch den bisherigen Berner Gesandten Palacios, Japan durch den Gesandten Professor Masuda, Belgien durch Senator Brudere und den Juristen Kollin, die Tschechoslowakei durch den Berner Gesandten Koverla, Schweden durch den Unterstaatssekretär Gujni. Besonderes Interesse verdient die Teilnahme der maßgebenden juristischen Berater der Rheinlandpaktmächte. Es fehlen noch genaue Angaben über die Vertreter Chinas, Argentiniens und Deutschlands.

Abd el Krim erhebt Einspruch

Paris, 20. April. Wie der „Information“ aus Uda gemeldet wird, hat Abd el Krim der Presse durch eine Vertrauensperson eine Erklärung übermittelt, die erschieben gegen die Bedingungen der französisch-spanischen Unterhändler Einspruch erhebt, besonders gegen die vorherige Auslieferung der Gefangenen und die Befehle strategischer Punkte durch französische Truppen. Trotz des ungünstigen Eindrucks, den diese Erklärung hervorgerufen hat, ist man in französischen Konkretenkreisen der Ansicht, daß die Türe zu den weiteren Verhandlungen offen bleibe.

Angriffe auf Mussolini im amerikanischen Senat

Washington, 20. April. Im amerikanischen Senat erklärte der demokratische Senator Walsh, die Tripolisfahrt des italienischen Premiers strotze von kriegerischer Prahlerei. Die Annahme der italienischen Schuldenregelung würde lediglich Mussolini, dem obersten Diktator, helfen, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, sodaß er einen neuen Krieg vom Zaune brechen oder so lange prahlen könne, bis die Angst vor einem solchen Plan allgemein sei.

Aus Baden

Landesparteitag der Deutschen Volkspartei

Mannheim, 18. April. Die Deutsche Volkspartei in Baden hielt Samstag und Sonntag ihren Landesparteitag ab, der eröffnet wurde durch eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses, in der Landtagsabgeordneter Staatsanwalt Obkircher-Freiburg über die politische Lage in Baden sprach. Der Redner wandte sich gegen den Vorwurf, daß die Deutsche Volkspartei am alten kulturkämpferischen Standpunkte festhalte. Redner sagte, die Deutsche Volkspartei kämpfe nicht gegen Religion und Kirche, aber sie kämpfe um die Aufrechterhaltung des staatlichen Ausbildungsmonopols, das durch das neue Lehrerbildungsgesetz in Gefahr gebracht werde. Die politische Entwicklung in Baden sei vorläufig noch vollkommen unklar, und man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß die Regierungskoalition mit Zentrum und Sozialdemokraten noch längere Zeit bestehen bleibe. Im weiteren Verlauf der Ausschusssitzung wurde für den zurücktretenden Parteivorstand, Gymnasialdirektor Weber-Konstant, Rechtsanwalt Steinel-Forsheim, der bisherige geschäftsführende Vorsitzende, zum ersten Vorsitzenden der Partei vorgeschlagen. Zum zweiten bzw. dritten Vorsitzenden der Partei schlug der Ausschuss Hofheins-Freiburg und Prof. Dorn-Heidelberg vor.

Gleichzeitig mit dem geschäftsführenden Ausschuss fand eine Tagung der Landesvertreterinnen der Partei statt, auf der der vorläufige Vorstand einstimmig wieder gewählt wurde und zwar Frau Seffmann-Mannheim als erste Vorsitzende, Fräulein Dr. Walther-Freiburg als zweite Vorsitzende. Nach einem Referat der Reichstagsabgeordneten Frau Wende über das Thema „Die Frau in der Gemeindegemeinschaft“ wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Frauen der Deutschen Volkspartei, die auf dem Parteitag in Mannheim versammelt sind, erwarten von der Partei eine stärkere Berücksichtigung ihrer Forderungen auf allen Gebieten des kulturellen Lebens und verlangen einen stärkeren Einfluss der Frauen auf dem Gebiete der Verwaltung. Auf der

Tagung wurden weitere Entschließungen angenommen. In einer derselben wird die badische Landtagsfraktion ersucht, dafür einzutreten, daß der durch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht genehmigte Einspruch der Kleinrentner auf gebobene Fürsorge voll und in Uebereinstimmung mit dem Volkswort erfüllt werde.

In der Beamtentagungsabteilung sprach der preussische Landtagsabgeordnete Meier-Herford über „Staatswohl und Beamtentwohl“, wobei der Redner, der Vorsitzender des Reichsbeamtenausschusses der Deutschen Volkspartei ist, einen engeren Zusammenschluß zwischen den einzelnen Beamtengruppen innerhalb der Partei forderte und erklärte, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei Sonderinteressen für die Beamten vertreten werde, sondern das Gesamtwohl des Staates im Auge habe.

In der öffentlichen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Molkenhauer über die Wege zum Aufstieg. Er führte u. a. aus, Kapital und Arbeit seien zwei zusammengehörende Faktoren. Nur bei starkem sozialen Empfinden der Arbeitgeber könnten die Probleme gelöst werden. Auf ausenpolitischen Gebiet bringe uns nur zähes Ringen und lange Arbeit vorwärts. Der Redner lebte in diesem Zusammenhang den Gedanken einer Diktatur ab. Wenn jeder helfe und alle zusammenarbeiteten, dann werde Deutschland bald über die Wirtschaftskrise und ausenpolitischen Nöte hinwegkommen. Deutschland dürfe nicht isoliert bleiben, sondern müsse sich Sicherungen verschaffen, um als freier gleichberechtigter Staat behauptet und angesehen zu werden. In diesem Zusammenhang bekräftigte der Redner die Bestrebungen nach Abschluß eines Garantievertrages mit Rußland. Diese Wiederanknüpfung an die Bismarcksche Politik sei die Antwort auf das französisch-polnische Bündnis.

Am Sonntag vormittag eröffnete Rechtsanwalt Steinel den Parteitag, der einen zahlreichen Besuch aufwies. Er begrüßte die erschienenen Abgeordneten und Vertreter der benachbarten Staaten sowie die Presse und besonders den Landtagspräsidenten Burger aus der Pfalz. Nach Feststellung der Stimmberechtigten schritt man zur Wahl des Büros. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Frau Wessermann wurden zu Ehrenvorsitzenden des Parteitagstages ernannt. Das Büro selbst wurde aus Steinel-Forsheim, Ludwig-Mannheim, Geisler-Karlsruhe, Wolf-Karlsruhe und Frau Hofmann-Mannheim gebildet. Den Jahresbericht, der ein erfreuliches Anwachsen der Partei aufzeigte, erstattete Generalsekretär Wolf. Der Kassierbericht wurde von Rechtsanwalt a. D. Kabitz gegeben. Nachdem dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt worden war, schritt man zur Vorstandswahl. Rechtsanwalt Steinel wurde einstimmig unter großem Beifall zum Vorsitzenden gewählt. Direktor Weber-Mannheim wurde in Anbetracht seiner großen Verdienste um die Partei zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Hauptlehrer Hofheins-Freiburg, zum 3. Vorsitzenden Professor Dorn-Heidelberg einstimmig gewählt.

Im Parkhotel trat unter dem Vorsitz des Kommissionsrates Stöckel-Heidelberg der Ausschuss für Handel und Industrie zusammen. An der Sitzung nahmen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, die Reichstagsabgeordneten Molkenhauer und Wende sowie die Abgeordneten der badischen Landtagsfraktion teil. Nach den Begrüßungsworten des Hauptschriftleiters Fischer-Mannheim im Namen des Parteivorstandes übernahm Kommissionsrat Stöckel-Heidelberg, der Vorsitz der Tagung und ging auf die Bedeutung des Ausschusses und seiner Organisation im Lande ein. Ueber Wirtschaftspragen hielt Johann Handelstammerpräsident Lenz-Mannheim einen aufklärenden Vortrag, in dem er besonders die Belange und Forderungen der badischen Wirtschaft und die besonders gelagerten Verhältnisse in der Südwirtschaft des Deutschen Reiches in den Vordergrund hob. Im Laufe der Verhandlungen erarbeiteten sich überaus zahlreiche Vertretern von Industrie und Handel freudig begrüßt, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort zu einer Rede.

Bemerkenswert war ferner ein Referat des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Dr. Mattes, der u. a. ausführte, daß Baden das klassische Land des Liberalismus zum ersten Male seit mehr als zwei Generationen eine Regierung ohne Liberale erhalten habe. Wir stünden damit am Schluß einer geschichtlichen Epoche des badischen Liberalismus, die über ein Jahrhundert gedauert und jetzt wie alle politischen Bewegungen auch einmal in das Gegenteil umgeschlagen hat. In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Redner die Grundlagen, die zur badischen Regierungsumbildung mit dem Zentrum an der Spitze geführt habe und kam dann auf verschiedene Gesichtspunkte zu sprechen, bei denen es der Partei meist nicht möglich war, ihre Zustimmung zu erteilen, und mit den Linksparteien zusammen zu arbeiten. Eine Regierungsbeteiligung komme für die Partei nur in Frage, um die Arbeit der Partei dem Staate zur Verfügung zu stellen, nicht aber um das Wohlwollen anderer Parteien zu gewinnen. Als Ergebnis der derzeitigen politischen Lage in Baden stellte der Redner fest, daß man an einem Wende-

Franziska.

Der Roman einer Opernsängerin

Von Elisabeth Dill,

Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. S.

14. Fortsetzung.

„Selbst die Brille würde mich nicht schrecken“, sagte Elisabeth, und sie sah ihn lachend an. Sie dachte offenbar nicht an den Mann, der neben ihr saß, sondern an ihre Zukunft, aber in ihm entzündete dieser Blick etwas, das in jedem Mann schlummert und das bei jeder schönen Frau erwacht.

„Ich habe ein Bitte“, sagte Elisabeth, „ich möchte einmal Ihr Laboratorium sehen, Vater hat mir von Ihren Versuchen erzählt. Würden Sie mich einlassen?“

„Gern. Wann kommen Sie?“

„Wann ich darf.“

„Also morgen?“

„Ja, morgen. Um welche Zeit sind Sie dort?“

„Um drei.“

„Gut. Ich komme.“

Sie waren so vertieft, daß sie die Knallbonbons unberührt ließen, die handierten Früchte auf ihrem Teller vergaßen und erst durch das allgemeine Stuhlrücken daran erinnert wurden, daß die Tafel aufgehoben und das Mahl zu Ende war. Der Kaffee wurde in dem resedagrünen Spiegelsaal genommen, die Damen saßen in Gruppen um den weißen Perser, die kleinen Mokkataschen in der Hand, und bewunderten mit ihren Lognetten den köstlichen Teppich. Worthy stand, die Hände in den Fracktaschen, dabei und erzählte die Geschichte, wie er auf einer Indiensfahrt durch Zufall zu diesem Perser gekommen war. Haffe wollte nicht in diesen menschenüberfüllten Saal gehen, er küßte der Dame des Hauses die Hand und blieb in dem kleinen blauen Salon am Springbrunnen zurück. Seine Augen suchten Elisabeth. Sie kam, wie angezogen von seinem Blick. Er nahm ihr die Tasse aus der Hand, ihre Hände berührten sich leicht, und es durchschauerte sie beide. Er sah und fühlte es, sie

schwiegen, und es kam jene leichte Verlegenheit über das junge Mädchen, die sie wie ein Schleier umgab. Der Rauch aus dem entfernten Herrenzimmer, das Stimmengemurmel mischte sich in das leichte Geräusch, das aus dem angrenzenden Speisesaal kam, wo die Diener die Tafeln abräumten.

„Ich glaube, in Ihrem Innersten sind Sie doch noch nicht entschlossen, einen Versuch zu ergreifen“, sagte er leise und sah sie dabei an. Sie atmete schwer, die Spitzen an ihrer Brust hoben und senkten sich.

„Könnte es nicht sein, daß Sie eines Tages anderen Sinnes würden? Schütteln Sie nicht den Kopf.“ Und er versuchte ihr den Zukunftsplan auszureden, lächelnd, während er mit einer Rose, die er aus dem Springbrunnenbukett genommen, spielte, mit jenem halblauten, einschmeichelnden Tone, in welchem man Frauen überredet. Sie hörte ihm zu, halb abgewandt, den Blick gesenkt, nachdenklich und beunruhigt, während sie sich das kühle Wasser über die rechte Hand rieseln ließ. Sie hörte mehr aus seinen Worten heraus. Er schien zu fragen: ja oder nein? Es war, als widerstrebe sie, und dennoch mußte er, daß sie überwinden war und besiegte. Sie reichte ihm die Hand. Er nahm diese feine, zarte Hand und zog sie an seine Lippen. Sie sah ihn an mit einem Blick, mit dem sich Frauen hingeben.

Elisabeth kam etwas vor drei Uhr. Sie fand die weiße Tür schon offen, doch Haffe war noch nicht da. Sie betrachtete diese mit Linoleum bespannten Tische mit den vielen flachen Glaskuchenteller, den Gläsern mit Aufschreibern, den Gefäßen und die Tiere in den Ställen, die einen betäubenden Geruch ausströmten. Hier arbeitete er, sie drang in seine Welt ein, las die Aufschreibern der langen und kurzen Glasröhren, welche mit Watterpfropfen zugestopft in dem Bruttofen standen, alles war weiß, sauber hell und geordnet.

Früher, als noch ihr Vetter Worthy hier wirtschaftete, war ihr dieser Raum wie eine finstere Bruthöhle erschienen, überall lagen Zigarrenstummel, unter dem Tisch streckte sich Worths Bernhardiner aus, jetzt hatte Haffe hier Ordnung geschaffen mit ein paar Eimern weißer Farbe und ein paar Metern Linoleum. Es war sein Geist,

punkt ließe, von dem die Partei erhoffte, daß er der Anfang eines lustigen sein werde. Die Partei blühte mit Vertrauen in die Zukunft; sie wollte weiter arbeiten für Vaterland, für Freiheit und Kultur.

In der Nachmittagsagung wurden zwei Entschließungen gefaßt, von denen die erste erklärte, daß der Parteitag der Deutschen Volkspartei Badens mit großem Interesse die Darlegung der Verhandlungen des Landtages über das Lehrerbildungsgesetz entgegengenommen habe. Mit der Landtagsfraktion habe er in dem vom Landtag durch Zentrum und Sozialdemokraten beschlossenen Geleit große Gefahren für die bewährte Simultanschule, für das friedliche Zusammenleben der Konfessionen und die kulturelle Entwicklung des Landes. Deshalb könne es der Parteitag nur billigen, daß die Landtagsfraktion mit allem Nachdruck die Gefahren aufgedeckt und bekämpft habe.

Die zweite Entschließung spricht dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, sowie den Landtagsabgeordneten Dr. Mattes und den anderen Abgeordneten den Dank für ihre bisherige Tätigkeit und gleichzeitig volles Vertrauen aus. Desgleichen gedenkt der Parteitag der Treue des bewährten Führers der Deutschen Volkspartei, des Reichsaussenministers Dr. Stresemann für die aufopferungsvolle Arbeit, die er im Dienste des Vaterlandes geleistet habe. Dr. Stresemann möge es vergönnt sein, noch lange an führender Stelle die ausenpolitischen Geschäfte des deutschen Volkes zu leiten. Unbekümmert um die Anfeindungen von rechts und links werde die Deutsche Volkspartei in Baden ihren Weg der nationalen Mittelpartei wäbren unter dem Wahlspruch: „Alles und das Beste für Volk und Vaterland.“

Finanzminister Dr. Köhler über Staatsvereinfachung und Verwaltungsreform

Karlsruhe, 20. April. Finanzminister Dr. Köhler sprach am 20. April in Karlsruhe abgehaltenen Wahlkreisversammlung des Zentrums über Staatsvereinfachung und Verwaltungsreform. Nach einem Bericht des „Badischen Beobachters“ führte er u. a. aus:

Bei uns ist anfänglich der Durchführung der Personalabgabenverordnung nicht rein schematisch lediglich der Beamtenabgaben eingeleitet und durchgeführt worden. Wir haben vielmehr die organische Verbindung mit ihm auch eine durchgreifende Vereinfachung der Staatsverwaltung an Haut und Gliedern angenommen. Ich erinnere mich noch recht gut der scharfen Kritik, die damals an diesem Vorhaben geübt wurde. Bei uns wurde ein Ministerium, nämlich das Arbeitsministerium, aufgegeben. Baden hat jetzt nur noch vier Ministerien und zwar Inneres, Justiz, Kultus und Unterricht und Finanzen. Man kann ruhig erklären, daß dem sachlichen Bedürfnis mit dieser Verringerung durchaus Genüge getan ist. Außerdem wurden von den wenigen Kollegial-Mittelsstellen, die das Land ohnehin hat, diejenige des Verwaltungsbesonders aufgehoben. In die Bezirksverwaltung sind die Reform besonders klar ein. Es wurden aufgehoben 13 Bezirksämter, 16 Notariate, 1 Amtsgericht, 2 Lehrerbildungsämter, 4 Kreisquartiere, 1 Bezirksbauamt, 2 Wasser- und Straßenbauämter, 2 Domänenämter, 4 Kulturbauämter, 6 Forstämter und 18 Vermessungsämter. Die Auswirkung dieses Abbaues liegt auf der Hand. Wenn es gelungen ist, den Etat für die zwei Jahre 1926-27 überhaupt ins Gleichgewicht zu bringen, so hat hieran nicht zuletzt die eben dargelegte starke Kürzung mitgewirkt; denn zu diesem Abbau der Behörden gehörte auch eine Verminderung der Beamtenzahl, sodaß mit einer jährlichen Ersparnis von über 5 Millionen Mark gerechnet werden kann. Populär ließ solche Abbau- und Reformmaßnahmen nicht, aber über die Populartät steht die Pflicht. Die Verwaltungsreform ist eine Existenzfrage der Länder. Geht sie nicht aus — auch in Baden wird auf diesem Gebiete noch allerbald zu tun sein — dann ist es um das Eigenleben der Länder geschehen. Ich war bei der Vorbereitung des Staatsorganisationsgesetzes. Anforderungen in Höhe von nicht weniger als 72 Millionen Mark einfach zu streichen, weil die hierfür notwendigen Maßnahmen ohne Steuererhöhung überhaupt nicht zur Verfügung standen. Die Behauptung, daß in Baden die Steuern höher liegen als in anderen Ländern, ist objektiv unrichtig. Daß wir Vertrauen im Ausland genießen, zeigt erneut wieder das Eracimen der von uns in der Schweiz und in Holland zur Zeichnung angelegten Anleihe. Diese Anleihe, die erste Länderanleihe, die wieder in Europa untergebracht worden ist, weist demutsvoll vorzeigbar ab von den Bedingungen, die ausereuropäische Geldgeber in den vergangenen Monaten und Jahren gestellt und erfüllt gehalten haben. Der Erfolg der Anleihe, die in den letzten Tagen in Zürich und Amsterdam stattgefunden hat, ist von den Banken selbst als ein allmählicher Beiseitwärtigen. Die Anleihe war bereits mehrere Tage vor Schluß des Zeichnungstermins vollständig gezeichnet und am Abend des 11. April um ein Vielfaches überzeichnet.

der hier durchdrang, scharf, klärend. Fast alle genierten und begabten Männer waren ordnungsliebend.

Plötzlich ging eine Tür, und Haffe stand vor ihr, der Hut in der Hand. „Schon hier? Also die Pünktlichkeit selber?“

„Ja, das ist eine unbequeme Eigenschaft von mir“, sagte das Mädchen lächelnd und blieb an dem Tische stehen. „Was haben Sie dort unter dem Arm?“

„Eine neue Arbeit“, sagte Haffe. „Ich arbeite in weilen hier oben, es ist ruhiger hier wie in meiner Wohnung, wo die Straßenbahn vorüberfährt.“ Weist er beitetete er nachts, weil dann die Straßen still waren. „Aber man kann nicht immer nachts arbeiten, nicht wahr?“

Sie setzten sich und plauderten in dem leichten Ton, den sie gestern begonnen, während sie beide wußten, daß dies alles nur eine Einleitung war. Zu was? Sie mußten es beide nicht. Elisabeth war eine Frau, die zusehen verstand. Schon das ist viel wert, dachte Haffe. Sie ließ ihn einblicken in ihr Inneres, ihr Zuhause, ihr Familienleben. Bei ihrem Vater zeigte sich eine beginnende Herzkrankheit, er arbeitete zu viel, schon seit sieben Uhr begannen seine Vorlesungen, um acht Uhr die Operationen, die Mahlzeiten nahm er unregelmäßig und schlüchtig, er hielt keine Mittagsruhe, und nach Tisch, um neun Uhr, sah er schon wieder bei den wissenschaftlichen Arbeiten. Es war nicht möglich, daß er dieses aufreibende Leben lange aushielte. Man sagte, er sei ehrgierig. Sie wußte es besser, er mußte für seine Familie arbeiten. Und deshalb wollte sie etwas lernen, studieren, um, im Fall ihr Vater einmal arbeitsunfähig würde, nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Elisabeth stand vor ihm, die Hände in die graue weiche Chinchillajade eingegraben, Tränen standen ihr in den Augen, während sie leise und erregt sprach. Es war seltsam, daß sie diesen Raum und diese Stunde dazu wählte und Haffe zu ihrem Vertrauten machte. Zu Worthy würde sie niemals davon sprechen, mit keinem Menschen, nicht einmal ihrer Mutter hatte sie das alles gesagt, ihre Mutter lebte irgendwo dahin, sie wußte gern dem Unangenehmen aus.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Personalnachricht. Aus dem Bereich des Reichsarbeitsministeriums: Versorgungsamt Karlsruhe: Ernennung: Verwaltungssekretär Franz Stelzer (in Durlach) zum Oberverwaltungssekretär.

Durlach, 20. April. Hinter der Leitung ihres Oberkommandanten Hermann Bull hielt am Montag, den 19. ds. Mts. die freiwillige Feuerwehr ihre erste diesjährige Hauptübung ab, bei welcher die Idee zugrunde gelegt war, daß im Saalbau des Gasthauses zur Blume Feuer ausgebrochen sei, wodurch das Wirtschaftsgebäude und das angrenzende Stallgebäude gefährdet werden. Nach erfolgter Alarmierung der freiwilligen Feuerwehr rückte die 3. Kompanie mit ihrem Löschzug in raschem Tempo an, die Motorspritze wurde in der Pfingststraße am Brunnenhauskanal fertig gemacht und im Nu konnte das Objekt mit 4 kräftigen Wasserstrahlen dieser Spritze angegriffen werden. Das Wasser saugte die Motorspritze aus dem Brunnenhauskanal beim Transformatorhaus in der Pfingststraße. Anschließend an die 3. Kompanie nahmen auch die 1. und 2. Kompanie mit ihren Geräten ihre Stellungen ein, umstellen mit den Leitern das Brandobjekt und besetzten die Hydranten, die 1. Kompanie auf der Außenseite beim Benschplatz, die 2. Kompanie im Hofe des Gasthauses zur Blume; mit 10 Strahlrohren wurde nun das Objekt unter Wasser genommen. Für die Zuschauer war dies ein wunderbarer Anblick und man gewann die Überzeugung, daß durch diesen Angriff einem Feuer bald Halt geboten werden könnte. Die ganze Liebung, der auch Herr Oberbürgermeister Joeller, Ehrenmitglied des Korps, und einige Herren Stadträte, sowie noch sonstige Gäste anwohnten, nahm einen guten Verlauf und endigte mit einem stoffen Vorbeimarsch beim Benschplatz. Am Abend versammelte sich das Korps beim Kamerad Mannherz zur Blume, wobei die Feuerwehrkapelle unter persönlicher Leitung ihres Direktors Schumann ihre frohen Weisen hören ließ.

Durlach, 21. April. Gestern abend 10 Uhr erschöpfte sich in Hohenwetterbach der hier wohnhafte 24 Jahre alte laube Arbeiter Georg Klotz vermutlich aus Schwermut im Hause seiner Frau.

Zahnschmerzen, ihre Entstehung und Verhütung.

Ernstheitere Betrachtung zur Reichsgesundheitswoche.

Im Rahmen der Reichsgesundheitswoche, die jedem Deutschen vor Augen führen soll, wie er sich gesund erhalten kann oder vielmehr muß, darf selbstverständlich die Pflege eines Organes — der Mundhöhle mit ihren Zähnen — als Eingangspforte zu vieler Infektionskrankheiten nicht vergessen werden. Wohl haben schon sämtliche Organisationen sozialen, fürsorglichen oder allgemeinen gesundheitlichen Charakters den Wert einer guten Mund- und Zahnpflege eingesehen, wohl dämmert es auch dem einzelnen schon, daß ein Mund mit eigenen Zähnen schöner und besser ist, als eine ganze Serie goldener Kronen und Stützstücke — und doch wie weit sind wir noch von dem Ziele entfernt, daß wir Zahngänge und Instrumentarium für Herstellung künstlicher Gebisse gänzlich beiseite legen können.

Ueberlegen wir nun einmal zusammen, wie der Zerfall der Zähne vor sich geht, wie wir furchtbare Schmerzstage und Nächte erleben müssen, wenn wir nicht auf die Warnungssignale, die uns die Natur immer und immer wieder schickt, achten!

Wir sitzen beim Frühstückstisch, eine gute Marmelade soll uns als leicht verdauliche Morgenkost gereicht werden, da plötzlich „zieht es“ in einem Zahn. Man weiß nicht in welchem, es kann im Oberkiefer, auch im Unterkiefer sein, wie gesagt, man kann es nicht genau feststellen. Wir probieren nochmals — doch etwas vorichtiger — wieder die gleiche Schmerzempfindung! Schon will sich die heitere Stimmung umsähen, da findet man, daß die andere Kieferhälfte derartig böse Erscheinungen nicht liefert, und die gute Stimmung ist wieder hergestellt. Wochentag spüren wir nichts mehr, da werden wir plötzlich aus unserer Sorglosigkeit aufgeschreckt: ein Schluck kalten Wassers ist diesmal die Ursache der Schmerzen; doch diesmal zieht es schon länger und heftiger, wieder verfallen wir in unsere Alltagsalltagerei, an eine Zahnbearbeitung denken wir noch lange nicht, das hat noch gute Weile. Auch helfen wir uns dadurch, daß wir nunmehr kalte Getränke meiden. Voll blassen Aides sehen wir unseren Nachbar am glühenden Sonntagnachmittag sein kühles Bier behaglich schlürfen — wir können es nicht mehr, wir trinken — lauwarmen Kaffee oder Tee; denn das ist das merkwürdige, nun können wir auch schon heiße Getränke und Speisen nicht mehr angetraut zu uns nehmen, Satten wir früher das Gefühl des „Ziehens“, so beginnt es jetzt zu „hämmern“, zu „klopfen“. Früh und verstimmt legen wir uns zu Bett, in der Hoffnung, so allen Kummer zu vergehen; doch o Weh! schon nach der ersten Stunde leichten Schlafes erwachen wir, „es bohrt im Zahn“, zieht bis zur Schläfe hinauf und wieder hinunter, der Kopf wird heiß und heiß, es sät, es sät, es brennt, die ganze Hölle scheint losgelassen zu sein und sich in dem Zahn ein Stielbüchse zu geben. Man holt sich ein mit Glycerin gefülltes Kissen — einige Minuten Ruhe, da geht's schon wieder los; man verfrücht's mit Branntwein, mit Spiritus, mit kalten und heißen Tüchern, man rast im Zimmer umher, fort zur Apotheke — Zahntropfen, Marke „Zahnweh“, Amol, Carmol und — helfe, was helfen mag — auch Kautabak bleibt nicht unerfucht.

Armer irrer Freund, ich will dir die Möglichkeit zeigen, dies alles zu vermeiden, wenn du meine nachfolgenden „3 e h n Gebote“ zur Zahn- und Mundpflege beachtest.

1. Begib dich, bevor du Zahnschmerzen verspürst, in die Behandlung eines Zahnarztes!
 2. Reinige täglich deine Zähne, morgens nur kurz, gründlich dagegen am Abend!
 3. Vermeide es, allzu krasse Temperaturunterschiede auf deine Zähne einwirken zu lassen!
 4. Verwende eine geeignete Zahnbürste, d. h. keine allzu harte, da du sonst die Uebergangsstellen zwischen Zahnschmelz und Zahnhorn am Zahnhalse ausreißt, keine zu weiche, da diese keine Reinigungs kraft besitzt!
 5. Bürste deine Zähne nicht in horizontal-querer Richtung, sondern vielmehr von oben nach unten, da du so besser in die Räume zwischen den einzelnen Zähnen gelangen kannst!
 6. Gebrauche nie Zigarettenscheide oder ähnliche raue Substanzen zur Reinigung deiner Zähne, sondern eine der käuflichen Pasten oder gut präparierte Schleimkreide!
 7. Weiche mit Nägeln, Nadeln, überhaupt Metallgegenständen von den Zähnen weg, da der angerichtete Schaden größer ist, als der Nutzen!
 8. Spüle nach jeder Mahlzeit deinen Mund, vermeide es, vor allem Obst oder Schokolade zu essen, wenn du nicht anschließend gründlich spülen kannst!
 9. Reinige deine Zähne von allen Seiten, besonders die Kauflächen der Backenzähne!
 10. Vermeide alle deine Zähne zum Beißen und Kauen, nicht nur die eine oder andere Seite; denn auch hier gilt das Gleiche von der plägenden und der roffenen Pfugschar!
- Benütze du alle die hier gegebenen Ratsschläge und begibst dich im Jahre mindestens einmal in die Behandlung des Zahn-

arztes zur Untersuchung oder Beseitigung kleinster Schäden, so wirst du nie an Zahnschmerzen zu leiden haben und dich auch noch im hohen Alter eines gesunden und kräftigen Gebisses erfreuen dürfen.

Dr. L. Vorho, prakt. Zahnarzt, Durlach.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden. Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden hat in der letzten Woche (8. bis 14. April) fast gar keine Veränderung erfahren. Wenn man davon absteht, daß infolge des Eintritts der wärmeren Witterung die Landwirtschaft und einige wenige Außenberufe mehr Arbeitsmöglichkeit bieten, läßt sich eher von einer Verschlechterung als von einer Besserung sprechen, trotzdem zahlenmäßig eine ganz leichte Abnahme der Andrangsziffer, d. h. des Verhältnisses der Zahl der Arbeitsuchenden zu denjenigen von je 100 gemeldeten offenen Stellen, sowie der Hauptunterstützungsempfänger festzustellen ist. Die Andrangsziffer betrug am 14. April bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen Badens rund 5072 gegenüber 5082 am 7. April. Hierbei ist die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden gesunken, während die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden um rund 200 auf je 100 offene Stellen zugenommen hat. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich von 74213 auf 72892 verringert. Doch ist diese Abnahme zum Teil auf Fristablauf, d. h. auf eine Erschöpfung des Unterstützungsanspruchs zurückzuführen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Eisenbahnunglück in Sibirien. Auf der Ussuri-Eisenbahn 100 Kilometer von Chabarowsk, entgleiste ein Personenzug, wobei die Lokomotive einen Abhang herunterstürzte und mehrere Wagen ineinander geschoben wurden. Drei Personen wurden getötet und 24 schwer verletzt.

Schneebruch im Schwarzwald. Aus Freiburg i. Br. wird berichtet: Am Montag morgen ist im Hochschwarzwald Schneebruch eingetreten.

Wetterkurz in Italien. In Palermo hat in der Nacht zum Montag ein heftiger Sturm eingekehrt, der die Temperatur auf den Winterstand herabdrückte und vielen Schaden anrichtete. Die Kälte dauert an.

Badisches Landestheater Karlsruhe.

Montag, den 19. April 1926.

9. Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters.

Der anwesende Komponist der jüngst hier mit Erfolg aufgeführten Oper „Li-Tai-Pe“ leitete das 9. Sinfonie-Konzert mit seinen vierteligen „Variationen über ein Thema von C. Meyerbeer“ ein. Clemens von Frankenkstein zeigte sich auch in diesem Klang- und farbenschönen Werke als empfindsamer, sauber und vornehm arbeitender Musiker. Er dirigierte das ammutige und klar aufgebaute Tonstück selbst mit Ruhe, Sicherheit und Kraft. In dem darauffolgenden berühmten „Konzert für Violoncell mit Orchester op. 104“ von Anton Dvorak, woraus die ganze slavische Volksseele in herrlicher Melodienfülle, glühender Sehnsucht und schmissiger Rhythmik emporhingt, lernten wir den Berliner Cellovirtuosen Emanuel Feuerverbauch kennen. Er ist ein begnadeter Künstler, der nicht nur durch brillante Technik bezaubert, sondern seinem Instrument auch die ergreifendsten Gefühlstöne entlockt. Jubelnder Beifall wurde daher dem herrlichen Spiel zuteil. Max Regers „Vier Tondichtungen (Nach A. Böhlin) op. 128“, die durch einige Schöpfungen des Malers („Der gelbende Eremit“, „Im Spiel der Wellen“, „Die Toteninsel“ und das „Bachanal“) angeregt, sich zu einer großartigen, die romantische Eigenwilligkeit und das tiefe Gemüt des Meisters, auch die besondere Artung der Regerschen Tonsprache, wie wenig andere seiner Werke offenbaren, standen im Mittelpunkt des Konzertes. Dessen Abschluss bildete Richard Straußens geistreiche und geniale sinfonische Dichtung „Till Eulenspiegels lustige Streiche“, die vor kurzem erst im 2. Volkskonzert zum Vortrag kam.

Unser famoses Orchester spielte unter Ferd. Wagners überlegener und temperamentvoller Leitung mit einer unüberbietbaren Klangpracht und Innigkeit. Die Zuhörer feierten alle Mitwirkenden mit herzlichsten Beifallshuldigungen.

Dr. Rudolph Raab.

Neueste Nachrichten.

Reichsregierung und Fürstenkompromiß.

U. L. Berlin, 20. April. Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber kürzlich in der Presse aufgetauchten Nachrichten, wonach in der entscheidenden Sitzung des Reichskabinetts ein kleinerer Teil der Minister unter Führung des Reichsinnenministers in der Frage der verfassungsändernden Natur des Kompromißentwurfes der Regierungspartei über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstentümern übereinstimmend worden sei, ist festzustellen, daß das Reichskabinetts einstimmig den Entwurf für verfassungsändernd erklärt hat.

Um das Fürstenkompromiß.

U. L. Berlin, 21. April. Wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilt, wird der Reichskanzler am Mittwoch mit dem preussischen Finanzminister Höpker-Aschhoff verhandeln, um festzustellen, wie die preussische Regierung zu dem neuen Kompromiß stehe.

Sozialdemokratischer Parteiaussschuß und Sachsenkonflikt. **U. L. Berlin, 20. April.** Der sozialdemokratische Parteiaussschuß, der für heute zu einer Besprechung des Sachsenkonfliktes einberufen worden war, nahm den Bericht eines Parteivorstandsvertreeters und je eines Vertreters der sächsischen Fraktionsmehrheit und Minderheit entgegen. Es wurde einstimmig folgender Entschluß gefaßt: Der Parteiaussschuß nimmt die Berichte über den Sachsenkonflikt zur Kenntnis und dringt auf die schnelle Durchführung der eingeleiteten Ausschlußverfahren, wonach alle beteiligten Genossen und die sächsische Organisation mit der Einsetzung eines gemeinsamen Schiedsgerichtes einverstanden sind. Der Parteiaussschuß erwartet, daß der Parteivorstand allen Versuchen, die organisierte Einheit der sozialdemokratischen Partei zu zerstören, sofort energisch begegnet.

Schweres Automobilunglück bei Seeburg.

U. L. Berlin, 20. April. Am Dienstag nachmittag ereignete sich bei Seeburg ein schweres Automobilunglück.

Gerichtssaal

Schwere Zuchtstrafe

Seidelberg, 19. April. Wegen schändlicher Sittlichkeitsverbrechen an seinem eigenen 13jährigen Kinde und Verwundung seiner eigenen (der dritten) Frau erhielt der vielfach vorbestrafte Landhauer Martin Beckmann aus Robrbach, ein Mann in den über Jahren, drei Jahre sechs Monate Zuchtstrafe und fünf Jahre Ehrverlust.

Unreue

Mosbach, 19. April. Dieser Tage wurden schon wieder ein Sozialistenleiter wegen Unreue und ein Mitangeklagter wegen Mithilfe hierzu verurteilt. Der Sozialistenleiter erhielt 5 Monate und der zweite Angeklagte 4 Monate Gefängnis.

Ein Personkraftwagen überschlug sich, wodurch die Insassen herausgeschleudert wurden. Der Führer des Wagens erlitt einen Schädelbruch, ein Schlosser eine leichte Gehirnerschütterung. Die beiden anderen Insassen wurden leicht verletzt. Der Wagenführer starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Waffenstillstand in Marokko.

L.L. Berlin, 21. April. Die Morgenblätter berichten aus London: Der Korrespondent der „British United Press“ meldet aus Madrid: Das spanische Oberkommando in Marokko hat die Truppen angewiesen, die Feindseligkeiten sofort einzustellen. Auch die Risseute hätten Befehl erhalten, die Spanier nicht mehr anzugreifen.

Schweres Explosionsunglück in einem amerikanischen U-Boot.

L.L. New-York, 20. April. In New-London (Connecticut) ereignete sich in einem U-Boot eine schwere Explosion, bei der 12 Mann erheblich verletzt wurden.

Turnen Spiel und Sport.

U.S.V. Durlach — U.S.V. Durmersheim 0:3 (0:2)

Am letzten Sonntag führten die 1. und 2. Mannschaft des U.S.V. zum fälligen Verbandsspiel nach Durmersheim. Durmersheim ist eine auch in Durlach gutbekannte Mannschaft und war letztes Jahr Amateurländermeister. Es war daher von vornherein fraglich, ob unsere Mannschaft mit Erfolg nach Hause kehren wird.

Das Anspiel bringt beiderseits ein scharfes Tempo mit sich. Die Angriffe gehen von einem Tor zum anderen. Durlach hat bereits einige Minuten nach Spielbeginn gute Chancen. Aber es mangelt an der notwendigen Energie zum Schuß. Die Durmersheimer Mannschaft ist unbedingt auf Sieg eingestellt und setzt mächtig Dampf auf. In der 11. Minute gelingt es nach guter Täuschung an dem herausgelaufenen Durlacher Torwart vorbei einzufinden. Diese Situation wiederholt sich in der 28. Minute nochmals. Die Durlacher geben jedoch die Hoffnung nicht auf. Aber es will nichts gelingen. Nach Halbzeit stellt Durlach, nachdem noch ein weiteres Tor durch Durmersheim erzielt wurde, um, Schweikert, der vor Halbzeit in der Verteidigung spielte, geht ins Tor, und Payer nimmt seinen gewohnten Platz ein und schon bekommt das Ganze ein anderes Bild. Die Angriffe werden vonseiten Durlachs immer gefährlicher. Aber die Durmersheimer machen den Kasten zu. Trotz aller Energie kann nichts erreicht werden. Das Resultat bleibt bestehen. Das Spiel war sehr reich an interessanten Momenten bis zum Schluß. Unglücklicherweise muß Gentner noch infolge Verletzung ausscheiden. Durmersheim hat den Sieg verdient und wird bei den Schlußspielen als ernsthafter Gegner in Frage kommen. Die 2. Mannschaft verlor 0:1. Die 3. Mannschaft konnte sich gegen die 3. Aue 2 Punkte holen.

Durlach, 20. April. (Unfehlbar verspätet.) Ueber die Osterfeiertage fand in Baden-Baden ein großer nationaler Wettkampf im Gewichtheben, Ringen und Bogenschießen, an welchem sich 6 Mitglieder des 1. Kraftsportvereins Durlach mit gutem Erfolg beteiligten. Es erhielten Preise: Wilhelm Wagner 1. Preis im Bogenschießen, Philipp Kahrmann 2. Preis im Bogenschießen, Otto Bardon 3. Preis im Stemen Fliegengewicht, Ferdinand Busch 6. Preis im

Stemen Federgewicht, Robert Kappler 10. Preis im Stemen Leichtgewicht, Fritz Schaumburg 11. Preis im Stemen Mittelgewicht. Da dieser Wettkampf sehr stark von nur erstklassigen Kräften besucht war, sind die Erfolge des 1. Kraftsportvereins Durlach besonders erwähnenswert. Wir gratulieren unsterk Siegen und wünschen ihnen bei dem nächsten Monat stattfindenden Gau- und Kreisfest weitere Erfolge.

Das Getränk der Millionen:
KATHREINERS MALZKAFFEE
Im Gofall moult' s!

Nutmögliches Wetter für Donnerstag.
 Die Wirkung der nördlichen Depression hat noch nicht aufgehört. Für Donnerstag ist immer noch wechselnd bewölkt, auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Excelsior-Lichtspiele
Es geht ein Flüstern durch ganz Durlach
Die weisse Schwester kommt!
Excelsior-Lichtspiele

Todes-Anzeige.
 Nach mehrwöchentlichem, mit großer Geduld ertragenem Leiden ist heute früh 5 Uhr mein herzenguter Mann, unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel
Richard Schultz
 Vermessungsassistent a. D.
 in seinem 81. Lebensjahr sanft verschieden.
 Durlach, den 21. April 1926.
 In tiefer Trauer:
Frau Emilie Schultz Witw.
Arthur Schultz u. Frau Frida
 geb. Kattermann
Arthur Schultz.
 Beerdigung Freitag, den 23. April 1926 nachmittags 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

GIDON
 eine echte **Reemtsma-Cigarette** für **4 Pfg.**

Große Anspannung und schärfste Kalkulation ermöglichen die Herstellung der „Reemtsma Gidon“ zu 4 Pfg. Sie erfüllt die hohen Erwartungen, die der Raucher an eine echte Reemtsma-Cigarette stellt.



Flower
Frühling, Frühling, Frühling
Landwirtsch. Bezirksverein Durlach
Bekanntmachung.
 Am Sonntag, den 25. April d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum Schwanen in Gröningen die satzungsgemäße **Bezirksversammlung** statt.
 Tagesordnung:
 1. Vorlage des Geschäftsberichts für das Jahr 1925.
 2. Vorlage der Vereinskasse für das Jahr 1925.
 3. Geschäftsplan für das Jahr 1926.
 4. Vorschlag für das Jahr 1926.
 5. Erziehung zur Direktion.
 6. Wünsche und Anträge.
 7. Vortrag des Herrn Oberregierungsrates Herrmann über: „Behandlung der Weine und Obstweine“.
 Wie laden unsere Vereinsmitglieder, deren Familienangehörige, sowie sonstige Freunde der Landwirtschaft hierzu freundlichst ein.
 Eine verbindliche Einladung unserer Vereinsmitglieder erfolgt dieses Mal nicht.
 Durlach, den 20. April 1926.
 Die Direktion:
 Eduard Merton.

Straßensperre.
 Wegen Abklärung der Gröningerstraße in Durlach wird der Verkehr mit Fußwerkzeugen aller Art auf Landstraße Nr. 13 Karlsruhe—Stuttg. art, zwischen km 5,443 und 5,950, d. i. von der Weinarterstraße bis zum Friedhofsweg, von Donnerstag, den 22. April 1926 an bis auf weiteres gesperrt.
 Zuwiderhandlungen hiergegen werden bestraft.
 Durlach, den 21. April 1926.
 Der Oberbürgermeister.

Distelfentfernung.
 Die Grundstückseigentümer und Pächter hiesiger Gemarkung werden aufgefordert, die auf ihren Grundstücken befindlichen Disteln von deren Blüten zu entfernen, widrigenfalls Bestrafung nach § 35 Riffer 4 der Feldpolizeiordnung erfolgen dürfte.
 Durlach, den 20. April 1926.
 Der Oberbürgermeister.

Stammholzversteigerung.
 Die Stadt Durlach versteigert am **Donnerstag, den 29. April ds. Js., vorm. 10 Uhr, im Saale des Gasthauses zur Blume in Durlach** aus den Stadtwaldbezirken I Bernwald, IV Hüllbrach, V Bergwald und VI Graudach

Eichen	206,56 fm	I—V.
Buchen	5,28 "	II.
Eichen	155,20 "	I—V.
Erlen	47,38 "	IV—V.
Akazien	10,27 "	IV—VI.
Birken	5,27 "	III—V.
Hainbuchen	0,32 "	IV.
Hain	5,95 "	III—IV.
Kan. Bappeln	214,33 "	I—V.

 Loszeichnisse, aus denen die Lage der Lose und der Name der Vorzeiger ersichtlich sind, werden durch die Stadt. Waldmeisterer (Gasthaus III. Stad. Zimmer Nr. 10) unentgeltlich abgegeben.
 Durlach, den 20. April 1926.
 Der Oberbürgermeister.

Empfehle für morgen **prima junges fettes Kuhfleisch**
Wilhelm Bühler, Metzgermstr.
 Hauptstraße 26.

Gier zum Einlegen
Otto Schenk.
 Eine Restpartie **Norddeutsche Saatkartoffeln Industrie**
 werden morgen **Donnerstag** nachmittags von 2 Uhr an auf meinem Lager am Güterbahnhof abgegeben.
Andreas Selter, Durlach-Aue
 — Telefon 203. —
 In meinem Geschäft in Aue sind auch noch einige **Centner rote Woltmann** erhältlich.

Freibank.
 Morgen, **Donnerstag, vormittags 7 Uhr:**
Junges fettes Kuhfleisch.

Geschäfts-Empfehlung.
 Teile meiner werten Kundenschaft von Durlach und Umgebung hierdurch mit, daß ich meine **Herrenschneiderei** wie früher wieder aufgenommen habe. Um geneigten Zuspruch bittet
Joh. Schmidt, Schulstr. 8, I. Et.

Pfälzer Rot- und Weißweine
 Weinverkauf über die Straße Litter 70
Deutscher Hof (Gienkann)
 Ob die Wohnung gross, ob klein, Die Möbel soll'n von Feinmöbel sein
 Karlsruhe Neuenstr. 57/58

Buchenholz
 Centner 1 M., gefügt u. gepalpen 1,50 M. zu verkaufen Blumenstr. 4, I. Et.